



07. September 2022

Postulat

Von Anna-Béatrice Schmaltz (GRÜNE)
und Patrik Brunner (FDP)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie Schutzkonzepte zur Verhinderung von sexueller und wirtschaftlicher Ausbeutung als Grundlage für die Zusammenarbeit mit der Stadt Zürich im Rahmen der Sammelweisung 2022/174 verlangt werden können. Die Vertragspartnerinnen und Vertragspartner sollen ein Schutzkonzept zur Verhinderung von sexueller Ausbeutung und wirtschaftlicher Ausbeutung ausarbeiten und der Stadt Zürich (SD) einreichen. Das Sozialdepartement soll diese Konzepte prüfen und Nachbesserung verlangen, wenn diese mangelhaft sind. Dies kann auch nachträglich, aber vor Ende der Kontraktzeit vollzogen werden.

Begründung:

Der Mangel an diesen Konzepten bei Vertragspartnern ist erschreckend. Die Klient*innen befinden sich in einer Abhängigkeit, da das Arbeitsintegrationsprogramm häufig die letzte Chance für einen Abschluss ist und/oder eine finanzielle Notlage besteht. Das Machtgefälle innerhalb der Beziehungen ist massiv. Die Klient*innen sind in einer vulnerablen Situation. Gerade die Partner, welche Verbundlehrstellen und Personalplatzierung betreiben, müssen sich Gedanken zur wirtschaftlichen und sexuellen Ausbeutung machen. Ohne ein Konzept in diesen beiden Bereichen, dürften die Partner eigentlich nicht operieren.

Antrag auf gleichzeitige Behandlung mit der Weisung 2022/174.

Anna-Béatrice Schmaltz